



## Patriotische Gesellschaft

### HAMBURGS WEG ZUR WISSENSCHAFTSMETROPOLE

**Feststellungen und Empfehlungen der Patriotischen Gesellschaft von 1765  
zur Entwicklung des Wissenschaftsstandorts Hamburg.  
18. 05. 2015**

#### **1 Voraussetzungen einer zukunftsorientierten Wissenschaftspolitik**

Die Behörde für Wissenschaft und Forschung hat noch in der Amtszeit des vorigen Senates „Strategische Perspektiven für die Hamburger Hochschulen bis 2020“ („Perspektiven“) vorgelegt um sie im Dialog mit den Hochschulen, Forschungseinrichtungen und weiteren wissenschaftlichen oder wissenschaftspolitischen Akteuren der Stadt weiterzuentwickeln. Die Landeshochschulkonferenz als Vertretung der Hamburger Hochschulen hat diesen Perspektiven Ende April 2015 als Denkschrift unter dem Titel „Aus Kenntnis und Verantwortung“ ihre Vorstellungen zum Hochschulsystem und zur Hochschulpolitik („Denkschrift“) in Hamburg gegenübergestellt.

Die Patriotische Gesellschaft sieht in diesen Dokumenten die aktuell wichtigsten Grundlagen für eine längst notwendige partei- und institutionenübergreifende Debatte über die künftige Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Hamburg. Sie beschreiben Stärken, Potenziale, Schwächen und Handlungsnotwendigkeiten im Wissenschaftssystem der Stadt und zeigen Möglichkeiten auf, die Wissenschaft in Hamburg zum treibenden Faktor der Stadtentwicklung zu machen und dadurch die gesamte Metropolregion zu stärken.

Dieser gesellschaftliche Diskurs über Chancen, Herausforderungen und Notwendigkeiten zukunftsorientierter Wissenschaftspolitik für Hamburg sollte von allen Beteiligten mit dem Willen geführt werden, gemeinsame Positionen herauszuarbeiten und Streitige Fragen sachbezogen auf verlässlicher Informationsgrundlage zu klären. Ziel der wissenschaftspolitischen Debatte in der Stadt sollte die Erarbeitung eines längerfristigen wissenschaftspolitischen Konsenses sein, der verbleibende Meinungsverschiedenheiten nicht ausschließt, dessen zustimmungsfähige Substanz aber gemeinsam, zielstrebig und langfristig umgesetzt wird.

#### **2 Grundlagen erfolgversprechender Wissenschaftsentwicklung**

Die „Perspektiven“ gehen zutreffend davon aus, dass die Autonomie der Hochschulen für eine erfolgreiche Hochschulentwicklung unabdingbar ist und dass wissenschafts- und gesellschaftspolitische Ziele sich nur im partnerschaftlichen Zusammenwirken von Senat und autonomen Hochschulen erreichen lassen. Daraus folgt, dass strategische Ziele ihnen nicht einseitig vorgegeben werden können, sondern eine wissenschaftspolitische Strategie für die Stadt nur im Einvernehmen mit den Hochschulen erarbeitet werden und erfolgreich sein kann. Mit der „Denkschrift“ legen die Hochschule nun gemeinsam ihre wissenschaftsstrategischen

...

Zielvorstellungen und wissenschaftspolitischen Forderungen vor, die im Verhältnis zu den „Perspektiven“ sowohl Übereinstimmungen als auch Konkretisierungen und Kritik enthalten. Beide Positionspapiere sehen die Wissenschaft zutreffend als zentralen Faktor für die Zukunftsfähigkeit Hamburgs und betonen die Selbstverantwortung der Hochschulen als innovative und impulsgebende Triebkraft der Wissensgesellschaft. Auf dieser Grundlage besteht Übereinstimmung darin, dass die Hochschulen exzellente Rahmenbedingungen benötigen, um ihren gesellschaftlichen Beitrag bestmöglich leisten zu können.

Die „Perspektiven“ erwarten von den Hochschulen ein hohes Qualifikationsniveau der Absolventinnen und Absolventen, Wissen als Grundlage von Innovationen, Forschung und Entwicklung zur Stärkung der regionalen Wirtschaft sowie die Förderung kreativer Szenen der Stadt. Gleichzeitig sehen sie die Hochschulen im internationalen Wettbewerb um Exzellenz in Forschung und Lehre, die zu den regionalen Erwartungen nicht in Widerspruch steht, sondern deren Bedingung ist. Die „Denkschrift“ betont, dass dies dem seit langem praktizierten Selbstverständnis der Hamburger Hochschulen entspricht und legen sehr konkret eine Vielfalt von Aktivitäten und Leistungen der Hochschulen dar, durch die sie diesen Erwartungen gerecht werden.

Der Lehre als Alleinstellungsmerkmal der Hochschulen in einem vielfältig differenzierten Wissenschaftssystem messen sowohl die „Perspektiven“ als auch die „Denkschrift“ zentrale Bedeutung zu. Zugleich betonen sie übereinstimmend die wachsenden Herausforderungen in der Forschung, die eine enge Kooperation mit den diversifizierten und renommierten Forschungseinrichtungen in Hamburg erfordern.

Mit diesen Grundlagen formulieren die Wissenschaftsbehörde ebenso wie die Hochschulen einen allgemeinen wissenschaftspolitischen Konsens, an dem die konkreten Zielsetzungen, Vorschläge und Maßnahmen zur Wissenschaftspolitik zu messen sind.

### **3 Vereinbarter Rahmen der Hochschulentwicklung**

Als Rahmen der Hochschulentwicklung legen die „Perspektiven“ die vom Senat und den Hochschulen unterzeichneten Hochschulvereinbarungen zugrunde, die mit einer Laufzeit bis 2020 längerfristige Planungssicherheit bieten. Deren enge finanzielle Vorgaben, die den Hochschulen unter dem verfassungsrechtlichen Gebot der Haushaltskonsolidierung auch weiterhin Einsparungen vor allem im Personalbestand abfordern, sehen die Hochschulen ebenso wie die Patriotische Gesellschaft als Mindestbedingungen einer zukunftsweisenden Wissenschaftspolitik für Hamburg an, die auch unter schwierigeren Bedingungen nicht in Frage gestellt werden dürfen.

Die gegenwärtig niedrige Inflation erleichtert den Hochschulen die Arbeit mit diesem knappen Finanzrahmen. Allerdings entsprechen die in den nächsten Jahren zu erwartenden Tarifierhöhungen von wahrscheinlich etwa 3 Prozent nicht den Annahmen bei Abschluss der Vereinbarungen und liegen deutlich über der finanzpolitischen Vorsorge von 1,5 Prozent. Für diesen Fall sehen die Hochschulvereinbarungen Gespräche zwischen Senat und Hochschulen vor. Die Hochschulen fordern darum eine Überprüfung der Hochschulvereinbarungen. Die wachsenden Steuereinnahmen, die niedrigen Zinsen und die finanzielle Entlastung der Länder durch den Bund eröffnen dafür finanzpolitische Spielräume.

#### **4 Vielfältiges Hochschulsystem mit großem Kooperationspotenzial**

Mit sechs staatlichen Hochschulen, die fast 70.000 Studierenden ein vielfältiges Studienangebot in den Geistes-, Kultur-, Rechts-, Sozial-, Wirtschafts- und Bildungswissenschaften, in Mathematik und Informatik, Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie in der Musik und den darstellenden und bildenden Künsten bieten, stellt die Freie und Hansestadt Hamburg wissenschaftliche und künstlerische Qualifikationsmöglichkeiten bereit, die dem Qualifikationsbedarf des Stadtgebietes Rechnung tragen, die Nachfrage der Metropolregion aber nur teilweise decken. Ergänzt durch die Angebote der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr und der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie entspricht dieses öffentliche Bildungs- und Ausbildungsangebot quantitativ und qualitativ den Anforderungen eines großen deutschen Wissenschaftsstandorts, ist aber nach Auffassung der Patriotischen Gesellschaft keinesfalls überdimensioniert.

Eine Vielzahl privater, staatlich anerkannter Hochschulen und Studienangebote stellt eine teilweise interessante Bereicherung der Hochschullandschaft dar, kann aber nur sehr begrenzt zur Entwicklung Hamburgs zur Wissenschaftsmetropole beitragen. Einen solchen Beitrag können die Bucerius Law School und die Hamburg School of Business Administration leisten, wenn sie mit öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen intensiv kooperieren.

Erhebliches Potenzial für die Entwicklung Hamburgs zur Wissenschaftsmetropole weist eine Vielzahl außeruniversitärer Forschungseinrichtungen auf, die weitgehend aus Initiativen der Universität Hamburg hervorgegangen sind und vor allem aus verfassungsrechtlichen Gründen einer föderalen Wissenschaftsfinanzierung nicht Einrichtungen der Universität oder Teile des Hochschulsystems sind. Insbesondere das Deutsche Elektronensynchrotron (DESY), das Helmholtz-Forschungszentrum Geesthacht, drei Max-Planck-Institute, vier Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft, ein Europäisches Forschungslabor (EMBL) und sechs von der Freien und Hansestadt Hamburg außerhalb der Hochschulen finanzierte wissenschaftliche Einrichtungen oder Institutionen bieten vielfältige Möglichkeiten der Kooperation und Vernetzung mit der Universität und den anderen Hochschulen und tragen wesentlich zum Profil des Wissenschaftsstandorts Hamburg bei. Angesichts dieser Ausgangslage verfügt Hamburg über gute Voraussetzungen für die Weiterentwicklung zu einer der bedeutenden Wissenschaftsmetropolen Deutschlands.

Die Patriotische Gesellschaft begrüßt, dass die „Denkschrift“ der Hochschulen dieses Kooperationspotenzial sieht und verstärkt nutzen will.

#### **5 Das Hamburger Wissenschaftssystem stärker vernetzen und langfristig ausbauen**

Realistischerweise kann sich Hamburg gegenwärtig nicht an Deutschlands größten und vielfältigsten Wissenschaftsstandorten Berlin und München messen, die mit jeweils mehreren großen Universitäten, einer sehr viel höheren Zahl von Max-Planck-Instituten, Instituten der Leibniz-Gemeinschaft und Fraunhofer-Instituten über wesentlich größere Wissenschaftssysteme verfügen. Umso wichtiger ist für die zweitgrößte Stadt Deutschlands eine langfristig angelegte wissenschaftspolitische Strategie, die vorhandene Einrichtungen nachhaltig stärkt und ausbaut sowie neue Einrichtungen für den Wissenschaftsstandort Hamburg gewinnt. Vor allem die Universität Hamburg als eine der größten und forschungsstarken deutschen Universitäten, die Technische Universität Hamburg-Harburg als erfolgreiche und innovative

...

Neugründung, aber auch die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg mit ihrem breiten praxisorientierten Studienangebot und interessanten Bereichen anwendungsorientierter Forschung bilden die leistungsstarke Grundlage einer zielbewussten Wissenschaftspolitik, die durch konsequente Vernetzung und Verbindung der Hochschulen mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen die vielfältige Wissenschaftslandschaft Hamburgs zu einer bedeutenden Wissenschaftsmetropole weiterentwickelt.

Bei der Vernetzung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen kann die Akademie der Wissenschaften in Hamburg sowohl initiiierend als auch vermittelnd eine wichtige Rolle übernehmen. Mit ihren langfristig angelegten Projekten hat sie bereits gegenwärtig eine bedeutende Stellung im Hamburger Wissenschaftssystem.

## **6 Die Wissenschaftsaufwendungen nachhaltig erhöhen**

Eine Grundfinanzierung von gegenwärtig etwa 640 Mio. Euro jährlich für das staatliche Hochschulsystem Hamburgs entspricht allenfalls einer durchschnittlichen Finanzausstattung vergleichbarer Hochschulen in Deutschland, bleibt aber deutlich hinter der Finanzierung der bestausgestatteten Hochschulen in Deutschland zurück, die ihrerseits im internationalen Vergleich führender Wissenschaftsnationen als knapp oder unzureichend bewertet wird.

Seit vielen Jahren hat die Finanzierung der deutschen Hochschulen mit der Entwicklung der Zahl der Studierenden und den Anforderungen an die Grundausrüstung für die Forschung nicht Schritt gehalten. Finanzielle Zuwächse haben demgegenüber allein und regelmäßig die außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen und Förderorganisationen erhalten. In Zukunft müssen die Hochschulen stärker an zusätzlichen Wissenschaftsaufwendungen beteiligt werden. Durch die Änderung des Artikels 91b des Grundgesetzes sind dafür alle Voraussetzungen geschaffen.

Um zu bedeutenden Wissenschaftsmetropolen aufzuschließen, ist eine nachhaltige Erhöhung der Wissenschaftsaufwendungen in der Metropolregion Hamburg erforderlich. Das kann nur begrenzt allein durch den Stadtstaat Hamburg geleistet werden, sondern bedarf der Ergänzung durch eine dauerhafte Bundesbeteiligung, durch Mittel der Europäischen Union, durch die Forschungsförderung der DFG und des Bundes sowie durch andere, auch private Finanzierungsquellen. Vor allem die Aufwendungen der Wirtschaft in der Wissenschaftsregion Hamburg liegen weit unterhalb derjenigen in vergleichbaren Wissenschaftsregionen. Erhebliches Potenzial weist dagegen die Wissenschaftsfinanzierung durch Stiftungen in Hamburg auf. In Abhängigkeit von der Zins- und Ertragssituation können sie die Wissenschaft jährlich in einer Größenordnung zwischen 50 und 100 Millionen Euro fördern.

## **7 Studium, Lehre und Weiterbildung als Chance nutzen**

Der weiter zunehmende Studienwunsch der Schulabsolventinnen und -absolventen erfordert auch bei künftig bundesweit abnehmender Bevölkerungszahl und Jahrgangsstärke zumindest das gleiche Studienangebot, wie es gegenwärtig durch eine befristete Bundesfinanzierung im Rahmen des Hochschulpaktes ermöglicht wird. Die „Denkschrift“ der Hochschulen fordert zu Recht eine dauerhafte und damit verlässlich planbare Finanzierung dieses Studienangebotes, weil nur so erfahrene und wissenschaftlich besonders qualifizierte Lehrkräfte längerfristig beschäftigt werden können. Zutreffend legen die „Perspektiven“ und die „Denkschrift“ für

die Zukunft auch eine wachsende Akademisierung des Arbeitsmarktes und die Notwendigkeit lebenslangen Lernens zugrunde. Nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte mit bisherigen Prognosen ist darum nicht mit einer Abnahme der Studiennachfrage zu rechnen. Der im Vergleich zu anderen Metropolregionen gegenwärtig sehr niedrige Anteil von Beschäftigten mit Hochschulabschluss in Hamburg spricht eher für die Wahrscheinlichkeit eines weiteren langfristigen Anstiegs der regionalen Nachfrage nach Hochschulabsolventinnen und –absolventen.

Sollen die dadurch möglichen positiven Impulse für die Entwicklung des Wissenschaftsstandortes genutzt werden, müssen die bisher durch den Hochschulpakt nur befristet finanzierten Studienplätze dauerhaft vorgehalten werden. Die Übernahme der gesamten Kosten der individuellen Ausbildungsförderung durch den Bund eröffnet allen Bundesländern zusätzlichen finanziellen Spielraum für die Verbesserung der Grundausrüstung der Hochschulen, der gerade auch in Hamburg zur Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen an den Hochschulen zu nutzen ist.

Darüber hinaus ist in Zukunft eine erhebliche Beteiligung des Bundes an der institutionellen Grundfinanzierung der Hochschullehre unerlässlich. Sie kann im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Ausbildungsförderung ohne verfassungsrechtliche Probleme nicht nur für ausländische, sondern auch für deutsche Studierende in Form eines durch ein Bundesgesetz über die institutionelle Ausbildungsförderung im Hochschulbereich festgelegten Bundeszuschusses an die Hochschulen zu jedem Studienplatz geregelt werden. Nach Auffassung der Patriotischen Gesellschaft sollte sich Hamburg mit den anderen Bundesländern für eine solche dauerhafte Beteiligung des Bundes an den Kosten der Lehre an den Hochschulen einsetzen. Dabei sollte nicht nur die Zahl der Studierenden, sondern auch die Zahl der erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen berücksichtigt werden. Gerade der Stadtstaat Hamburg, der in erheblichem Umfang Studienmöglichkeiten für Studierende aus anderen Bundesländern finanziert, ohne auf Steuereinnahmen aus hochschulferneren Räumen zugreifen zu können, muss darauf dringen, dass der Bund auch die Lehre an den Hochschulen institutionell mitfinanziert.

## **8 Die Rahmenbedingungen für Studium und Lehre verbessern**

Die zunehmende Heterogenität der Studierenden, die Öffnung der Hochschulen für Studierende mit Berufserfahrungen ohne traditionelle Studienberechtigung, eine deutliche Steigerung des Studienerfolgs und die wachsende Nachfrage nach wissenschaftlicher Weiterbildung im Rahmen lebenslangen Lernens können die Hochschulen nicht kapazitäts- und finanzneutral bewältigen. Nachdem sie in den vergangenen Jahrzehnten eine ständig steigende Zahl sowohl von Studierenden als auch von Absolventinnen und Absolventen ohne entsprechende Verbesserung ihrer Ausstattung ausgebildet haben, erfordert eine Verbesserung der Studienbedingungen zusätzliche Finanzmittel.

Der Einsatz digitaler Technologien in der Lehre kann insoweit hilfreich sein, führt aber kaum zu Einsparungen, vielfach sogar zu Mehrkosten. Wie die „Denkschrift“ nachweist, unternehmen die Hamburger Hochschulen seit Jahren erhebliche Anstrengungen zur Entwicklung und zum Einsatz von ELearning. Sie erhalten dafür staatliche Unterstützung im Rahmen des Sonderprogramms „ELearning“. Diese Förderung sollte ausgebaut werden, um den Hochschulen zu ermöglichen, die Qualität von Lehr- und Lernprozessen durch

Entwicklung und optimalen Einsatz digitaler Angebote im Rahmen kombinierter oder gemischter Lehr- und Lernformen weiter zu verbessern.

Davon unabhängig ist aber vor allem auch die Grundausrüstung der Hochschulen für Studium, Lehre und Weiterbildung nachhaltig zu stärken.

## 9 Duale Studiengänge als ergänzende Möglichkeit anbieten

Auf der Grundlage des Hamburgischen Hochschulgesetzes wollen die "Perspektiven" die Hochschule für Angewandte Wissenschaften verpflichten, duale Studiengänge einzurichten. Den anderen Hochschulen empfehlen sie diese Möglichkeit.

Solche Studiengänge, die zugleich einen Studienabschluss und einen berufsbildenden Ausbildungsabschluss vermitteln, sind nach Auffassung der Patriotischen Gesellschaft für alle Hochschulen in geeigneten Fächern eine interessante Ergänzung zum Regelstudium, die aber mit Blick auf die begrenzte Zahl berufspraktischer Ausbildungsplätze in Unternehmen nur in begrenztem Umfang eingerichtet werden können. Sie sind auf Vereinbarungen mit Unternehmen angewiesen, die ihre Interessen in die Gestaltung der Studiengänge einbringen wollen. In der weiteren Entwicklung ist darauf zu achten, dass die dualen Studiengänge nicht einseitig von betriebsspezifischen Erwartungen bestimmt werden. Insofern kann eine Verpflichtung der Hochschule für Angewandte Wissenschaften zur Einrichtung solcher Studienangebote zum Problem werden. Die Hochschulen müssen die Inhalte und Anforderungen dualer Studiengänge vor allem nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten und Maßstäben gestalten können.

Bisher werden duale Studiengänge in Hamburg insbesondere von privaten Hochschulen angeboten, an deren Leitung, Finanzierung und Betrieb die Unternehmen häufig beteiligt sind. Die Patriotische Gesellschaft hält für wichtig, dass Unternehmen aus der Metropolregion Hamburg auch den staatlichen Hochschulen den Zugang zu berufspraktischen Ausbildungsmöglichkeiten im Rahmen dualer Studiengänge eröffnen, ohne deren Struktur und Autonomie in Frage zu stellen. Durch Vereinbarungen können betriebliche Belange hinreichend berücksichtigt werden.

Im Hinblick auf das praxis- und anwendungsorientierte Ausbildungsprofil beider Hochschulen hält die Patriotische Gesellschaft eine Zusammenarbeit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften und der Hamburg School of Business Administration im Bereich dualer Studiengänge für zweckmäßig. Auf der Grundlage einer solchen Kooperation wäre auch ein gemeinsames anwendungsorientiertes Graduiertenprogramm beider Hochschulen in Kooperation mit der neu gebildeten Betriebswirtschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg vorstellbar, in dem - auch berufsbegleitende - Promotionen mit betrieblich relevanter Themenstellung bearbeitet und von Betrieben gefördert werden können. Ein solches durch wissenschaftliche Kooperation Hamburger Hochschulen regional verankertes Konzept betriebs- und anwendungsnaher Promotionsmöglichkeiten ist sinnvoller als das gegenwärtig von der HSBA übernommene Franchising-Angebot von Promotionsmöglichkeiten ausländischer Hochschulen, die nicht dem in Hamburg geltenden Hochschulrecht und seinen qualitätssichernden Regelungen unterstehen.

## 10 Autonome Qualitätsentwicklungen in Studium und Lehre fördern

Die „Denkschrift“ stellt sehr konkret und überzeugend dar, dass die Hamburger Hochschulen der qualitativen Entwicklung des Studiums, der Lehre und des Lernens mehr Aufmerksamkeit zugewandt haben und zuwenden als viele andere Hochschulen in Deutschland. Neue Ansätze in der Qualitätsentwicklung, der Hochschuldidaktik und der Studienreform wurden und werden vielfach unter maßgeblicher Beteiligung Hamburger Hochschulen entwickelt.

So entwickelte die Universität Hamburg im Verbund Norddeutscher Universitäten das erste autonome und länderübergreifende Verfahren zur vergleichenden Evaluation von Studiengängen, das später vom Wissenschaftsrat allen Hochschulen empfohlen wurde. Das auf der Grundlage eines bundesweiten Wettbewerbs mit erheblichen Bundesmitteln geförderte Universitätskolleg der Universität Hamburg ist eines der interessantesten Konzepte zur Flexibilisierung des Übergangs von der Schule in das Studium. Beispielhaft sind auch der Beitrag der Universität zur „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“, das Campus-Management-System „STINE“, das „Interdisziplinäre Zentrum für universitäres Lehren und Lernen“ sowie der „Master of Higher Education“. Die Technische Universität Hamburg-Harburg führte als erste Hochschule in Deutschland die Modularisierung von Studiengängen ein. Ihre Abteilung für Fachdidaktik in den Ingenieurwissenschaften und ihr Zentrum für Lehre und Lernen erarbeiten und implementieren wegweisende Konzepte für kompetenzorientierte ingenieurwissenschaftliche Lehre. Und die Hochschule für Angewandte Wissenschaften bot als eine der ersten Fachhochschulen Master-Studiengänge an, hat ein vorbildliches weiterbildendes Coaching für ihre Lehrkräfte eingeführt und führt regelmäßig Workshops durch, in denen Lehrende „Best- Practice- Beispiele“ aus der Lehre kennenlernen. Die Arbeitsstelle Studium und Didaktik bildet Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus, die andere Lehrende Kompetenzorientierung als Instrument der Qualitätsverbesserung vermitteln. In diesen bundesweit vorbildlichen Bemühungen um die Verbesserung der Lehre arbeiten die Hamburger Hochschulen eng zusammen.

Für die Hochschulpolitik standen demgegenüber zumeist quantitative Ziele der Versorgung des Standorts mit Studienplätzen oder finanzpolitisch begründete Einsparungen im Vordergrund, die nicht selten zu Lasten der Studienbedingungen entschieden wurden. Diese Tendenzen staatlicher Hochschulpolitik beschränkten die Möglichkeiten der Hochschulen im Hinblick auf qualitative Verbesserungen in Studium und Lehre.

So berechtigt anspruchsvolle Erwartungen der Politik, der Gesellschaft und der Wirtschaft an die Qualität der Lehre und des Studiums sind, so zurückhaltend sollte der Staat mit qualitativen Vorgaben und Regelungen im Hinblick auf die Lehre umgehen. Auch insoweit sind der Qualitätswettbewerb zwischen den Hochschulen, die freie Wahl des Studiums und der Hochschule sowie eine ausreichende Finanzierung der Lehr- und Studienbedingungen der beste Weg zur Qualitätsentwicklung.

Evaluations- und Akkreditierungsverfahren sollten weitgehend in autonomer Verantwortung der Hochschulen durchgeführt werden. Der Staat sollte nur prüfen, ob sie in sachgerechter Weise und regelmäßig stattfinden. Akkreditierungsverfahren sollten sich nicht auf einzelne Studiengänge oder – programme beziehen, sondern das System der Qualitätsentwicklung der anbietenden Hochschule in der Lehre prüfen.

Wenn die zumeist bis 2016 befristet bewilligten Drittmittel zur Finanzierung von Projekten der Hochschulen zur Verbesserung der Lehre auslaufen, werden die Hochschulen erhebliche finanzielle Unterstützung benötigen, um ihre erfolgreichen Konzepte dauerhaft abzusichern.

## 11 Das gestufte Studiensystem weiterentwickeln

An der Entwicklung gestufter Studienangebote und der Umsetzung der von den europäischen Regierungen in Bologna vereinbarten Studienreform waren Hamburger Hochschulen aktiv beteiligt. Nicht selten gehörten sie zu den Vorreitern. So hat die Universität Hamburg als eine der ersten deutschen Hochschulen gestufte Studienabschlüsse angeboten noch bevor sie gesetzlich eingeführt wurden. Alle Studiengänge, die durch Prüfungsordnungen der Hochschulen geregelt werden, haben die Hamburger Hochschulen früher als viele andere auf die Bachelor-/Master-Struktur umgestellt und erfolgreich akkreditieren lassen. Studiengänge, die durch staatliche Prüfungsordnungen geregelt sind, konnten die Hochschulen dagegen wegen der staatlichen Vorgaben nur begrenzt reformieren.

Die „Perspektiven“ und die „Denkschrift“ zeigen zutreffend auf, inwieweit Ziele des gestuften Studiensystems nicht oder unzureichend erreicht wurden und wie die Hochschulen diese Defizite beheben wollen. Viele der Mängel beruhen weniger auf Fehlern oder Versäumnissen der Hochschulen bei der Umsetzung der Reformen, vielmehr zu erheblichen Teilen auf unzumutbaren und überzogenen Reglementierungen durch „Ländergemeinsame Strukturvorgaben“ der Kultusministerkonferenz sowie deren wenig flexible Anwendung durch Akkreditierungsagenturen. Obwohl diese Vorgaben rechtlich nur empfehlenden Charakter haben, wurden sie durch das verbindliche Akkreditierungsverfahren den Hochschulen auch dann aufgezwungen, wenn sie qualitativen und strukturellen Vorstellungen der Hochschulen widersprachen.

Insbesondere die Vorgabe der Länder, dass in Kombination mit vierjährigen Bachelor-Studiengängen nur einjährige Master-Studiengänge zulässig sind, hat sich in vielen Fächern als zu unflexibel erwiesen. Die „Perspektiven“ und die „Denkschrift“ empfehlen darum, in ausgewählten Bachelor-Studiengängen eine Regelstudienzeit von vier Jahren zu prüfen. Eine damit verbundene Verkürzung des Masterstudiums auf ein Jahr hält die Patriotische Gesellschaft nicht für erforderlich. Rechtlich ist Hamburg vielmehr frei, hier den Hochschulen mehr Spielraum zu lassen. Eine daraus folgende Verlängerung der gesamten Regelstudienzeit bis zum Master-Abschluss um ein Jahr erfordert keine zusätzlichen Kapazitäten oder Finanzmittel, wenn die bisher festgelegten Studienanforderungen nicht verschärft, sondern auf einen etwas längeren Zeitraum verteilt werden. Dadurch kann den Studierenden mehr Zeit für Selbststudium und Bildung, für nicht vorgeschriebene Veranstaltungen eigener Wahl, für Auslandssemester oder auch für die persönliche Entwicklung eingeräumt werden.

Die Patriotische Gesellschaft unterstützt nachdrücklich das von den Hochschulen in der „Denkschrift“ hervorgehobene Ziel der Bildung durch Wissenschaft als tragendes Prinzip akademischen Lehrens und Lernens.

In den Lehramtsstudiengängen haben viele Hochschulen anderer Bundesländer durch sehr spezielle Anforderungen für die Zulassung zum Masterstudium nach dem Bachelorabschluss die Zulassungschancen Hamburger Absolventinnen und Absolventen faktisch sehr stark eingeschränkt. Das gilt auch für andere Studienfächer, bei denen der Bachelorabschluss keine oder kaum vorhersehbare Berufschancen eröffnet. In solchen Fällen empfiehlt die Patriotische Gesellschaft, den Bachelorabschluss in durchgängig konzipierte Masterstudiengänge zu integrieren. Mit den Bologna-Vereinbarungen ist das vereinbar, weil sie nur gestufte Abschlüsse, nicht aber getrennte Studiengänge verlangen.

Bei der Entwicklung von Bachelor-Studiengängen haben manche Fächer mit Blick auf konkrete berufliche Anwendungsmöglichkeiten nicht selten zu enge Spezialisierungen zugrunde gelegt und dadurch eine unübersichtliche Vielfalt allzu spezieller Abschlüsse gefördert. Die Patriotische Gesellschaft sieht darin eine Fehlentwicklung, der die Hochschulen



und die Politik gemeinsam entgegenwirken sollten. Der Bachelor-Abschluss muss breit und grundlegend qualifizieren und die Spezialisierung dem Master-Studium oder einer beruflichen Qualifizierungsphase überlassen. Mit erwünschter Praxisorientierung sind breit und grundlegend qualifizierende Bachelor-Studiengänge durchaus vereinbar.

## **12 Das Studium für Menschen mit beruflichen Erfahrungen öffnen**

Die von den „Perspektiven“ und der „Denkschrift“ gleichermaßen angestrebte Öffnung des Zugangs zum Hochschulstudium für Menschen mit einschlägigen beruflichen Erfahrungen ohne traditionelle Studienberechtigung ist sinnvoll. Dadurch sollten aber nicht die Anforderungen des Studiums abgesenkt, sondern gleichwertige berufliche Erfahrungen und Qualifikationen anerkannt, genutzt und weiterentwickelt werden. So fügt sich dieser Ansatz in ein Konzept lebenslangen Lernens ein, in dem die Hochschulen auch ihre Angebote wissenschaftlicher Weiterbildung ausbauen. Sinnvoll ist das für Weiterbildungsangebote mit wissenschaftlichem Anforderungsprofil. Diese erfordern allerdings – wie die „Denkschrift“ zutreffend feststellt – eine Klärung der Kapazitätsanrechnung und der Finanzierung.

Die bisher geltenden Regelungen begünstigen die Auslagerung wissenschaftlicher Weiterbildung zu eigenständigen Trägern, ihre Finanzierung über kostendeckende Gebühren und ihre Wahrnehmung in vergüteter Nebentätigkeit. Wenn auch die „Perspektiven“ die wissenschaftliche Weiterbildung in das reguläre Lehrangebot der Hochschulen eingliedern wollen, müssen sie aufzeigen, wie sie die geltenden gesetzlichen und kapazitären Regelungen ändern und die Finanzierung sicherstellen wollen. Die Patriotische Gesellschaft begrüßt solche Änderungen, fragt aber, ob sie wirklich finanzneutral umgesetzt werden können.

## **13 Besonders qualifizierte Menschen anziehen**

Bei der künftigen Entwicklung des wissenschaftlichen Qualifikationsangebotes in Hamburg ist einer ausreichenden Zahl von Master-Studienplätzen sowie den Promotionsmöglichkeiten und Post-Doc-Angeboten erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Nachfrage nach diesen wissenschaftlich besonders anspruchsvollen Qualifikationsstufen wird sich überproportional auf die leistungsstärksten Wissenschaftsstandorte richten und bietet diesen die Möglichkeit, sich im wissenschaftlichen, aber auch im wirtschaftlichen Wettbewerb besonders dynamisch zu entwickeln. Hamburg hat mit zahlreichen leistungsstarken Bereichen seiner Hochschulen und Forschungseinrichtungen hervorragende Möglichkeiten, leistungsstarke Bewerberinnen und Bewerber durch attraktive Qualifikationsangebote anzuziehen. Die Stadt, die Hochschulen und die Forschungseinrichtungen sollten diese Chance für die Entwicklung des Wissenschaftsstandortes offensiv nutzen und vorrangig diese wissenschaftlich weiterqualifizierende Angebote ausbauen.

Die meisten Fakultäten der Universität richten Graduiertenschulen für das Master-Studium und für Promotions ein. Diesen Graduiertenschulen sollte ein Teil der Lehrkapazitäten zugewiesen werden um ihnen zu ermöglichen, daraus auch promotionsbegleitende Lehrangebote kapazitätswirksam abzudecken.

Für die wissenschaftsfördernden Stiftungen in Hamburg liegt eine besonders interessante Möglichkeit, die Entwicklung Hamburgs zur Wissenschaftsmetropole voranzutreiben, in der Finanzierung von Stipendien, Qualifikationsstellen sowie strukturierten Promotions- und

Post-Doc-Programmen. Die Förderung herausragender Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler ist der wirksamste, schnellste und kostengünstigste Weg um Hamburg zur Wissenschaftsmetropole zu entwickeln.

Für befristet zu besetzende Juniorprofessuren nutzen die Hochschulen die gesetzliche Möglichkeit, junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei herausragender Bewährung in Lehre und Forschung ohne Hochschulwechsel auf eine dauerhafte Professur in Hamburg zu berufen. Dadurch kann die Abwanderung der besten Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler vermieden werden. Die Patriotische Gesellschaft begrüßt, dass von dieser Möglichkeit zunehmend Gebrauch gemacht wird.

#### **14 Die vielfältige und leistungsstarke Forschungslandschaft vernetzen**

Die „Denkschrift“ und die „Perspektiven“ beschreiben viele Forschungsbereiche, in denen die Universität Hamburg, die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Technische Universität Hamburg – Harburg, aber auch andere Hochschulen wissenschaftliche Schwerpunkte mit international anerkannten Spitzenleistungen aufgebaut haben. Ebenso zeigen sie auf, in welchen Bereichen die Hochschulen und Forschungseinrichtungen herausragendes wissenschaftliches Potenzial aufweisen, aus dem sich weitere Schwerpunkte mit internationaler Ausstrahlung entwickeln können.

Die Patriotische Gesellschaft begrüßt, dass in diesem Zusammenhang nicht nur naturwissenschaftliche und technische Bereiche wie die Klimaforschung, die naturwissenschaftliche Struktur- und Ultrakurzzeitforschung, die Energieforschung, die Materialforschung und die Luftfahrtforschung aufgeführt werden, sondern auch hervorragende Forschungsbereiche in den Geistes- und Kulturwissenschaften, den Rechts- und Sozialwissenschaften, den Lebenswissenschaften und in der Medizin. Die „Perspektiven“ und die „Denkschrift“ erwähnen etwa die Forschung zur Mehrsprachigkeit, zu Manuskriptkulturen und zu Law and Governance, die Friedens- und Konfliktforschung, die Medienforschung sowie in der Medizin die Infektionsforschung, die Neurowissenschaften und die Gesundheitsforschung.

Das Spektrum leistungsstarker Potenzialbereiche erfasst auch die internationale und transnationale Rechts- und Wirtschaftsentwicklung in Kooperation der Juristischen Fakultät der Universität, des Max-Planck-Instituts für internationales und ausländisches Privatrecht, der Bucerius Law School, des GIGA, des HWWI, des Europa-Kollegs sowie des Instituts für internationales Finanz- und Steuerwesen. Zu den Potenzialbereichen gehört ferner die sozial-, wirtschafts- und politikwissenschaftliche Forschung über außereuropäische Weltregionen in Zusammenarbeit der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät sowie der Geistes- und Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität, der Helmut Schmidt Universität, des Global Institute for Area Studies (GIGA) sowie des Hamburger Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) und der Zentralbibliothek der Wirtschaftswissenschaften der Leibniz-Gemeinschaft. Auch die Forschung zur Zeitgeschichte in Zusammenarbeit der Universität, der Forschungsstelle für Zeitgeschichte und des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden ist von überregionaler Bedeutung.

Viele dieser forschungsstarken Bereiche zeichnen sich durch die Zusammenarbeit zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung aus und erhalten dadurch ihr nationales und internationales wissenschaftliches Leistungsprofil.

Insbesondere in den Fakultäten der Universität und den Forschungsbereichen der Technischen Universität Hamburg-Harburg gibt es darüber hinaus leistungsstarke Forschung, die zwar keine außeruniversitären Kooperationspartner am Wissenschaftsstandort Hamburg hat, sich aber eigenständig ein national und international herausragendes wissenschaftliches Profil erarbeiten konnte. Das gilt beispielsweise für die Nanowissenschaften, die Kunstgeschichte und die Musikwissenschaft, die außereuropäischen Sprachen und Kulturen, für die Ökonomische Analyse des Rechts, für den Fahrzeugbau, für den Bau Mariner Systeme und den Schiffbau, aber auch für die Forschung zu Heterogenität in Bildungsprozessen und zum Verhältnis der Weltreligionen.

Die Hafen City-Universität kann ihr Forschungspotenzial insbesondere durch enge Kooperation mit der TUHH stärken. Diese Zusammenarbeit sollte institutionalisiert werden und kann sich bis hin zu einer institutionellen Verbindung entwickeln, wenn die Hochschulen das wollen.

Insgesamt ergibt sich ein Bild der Hamburger Forschungslandschaft, das durch herausragende Schwerpunkte mit internationaler Spitzenstellung geprägt ist, daneben aber auch durch eine Vielzahl weiterer wissenschaftlich sehr leistungsfähiger Forschungsbereiche ganz unterschiedlicher Größenordnung. Auch die langfristigen Projekte der Akademie der Wissenschaften in Hamburg bieten einen aussagekräftigen Ausschnitt der Vielfalt leistungsstarker Forschungsbereiche der Stadt.

Die Entwicklung Hamburgs zur Wissenschaftsmetropole kann sich nicht auf die Förderung weniger großer Schwerpunkte beschränken, sondern muss gerade auch die Vielfalt unterschiedlicher Forschungsbereiche bis hin zur exzellenten Einzelforschung fördern und diese wirksam vernetzen. Keine der bedeutenden Wissenschaftsmetropolen der Welt beschränkt sich auf wenige Schwerpunkte. Sie alle pflegen eine zumeist über Jahrzehnte gewachsene Vielfalt wissenschaftlicher Fachgebiete, Einrichtungen, Projekte, Forschungsgruppen und Persönlichkeiten und versuchen, die jeweils leistungsfähigsten herauszufinden und mit den der spezifischen Arbeitsweise entsprechenden Mitteln und Maßnahmen in ihrer Entwicklung besonders zu fördern.

Bei der Förderung besonders leistungsstarker Forschungsbereiche kann der Akademie der Wissenschaften in Hamburg eine wesentlich stärkere Stellung eingeräumt werden. Sie verfügt über hervorragende wissenschaftliche Expertise und vernetzt die wissenschaftlichen Institutionen des norddeutschen Raumes. Auch ein von der „Denkschrift“ vorgeschlagenes „Institute for Advanced Studies“ kann am besten in Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Akademie geschaffen werden und nicht als weitere selbständige Einrichtung. Es sollte institutionell der Universität Hamburg angegliedert werden, um deren internationale Ausstrahlung weiter zu stärken.

## **15 Neue Formen institutioneller Verflechtung entwickeln**

Für den Wissenschaftsstandort Hamburg streben die „Perspektiven“ wie auch die „Denkschrift“ an, die beiden in der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder erfolgreichen Exzellenzcluster in der Klimaforschung und der Ultrakurzzeitforschung nachhaltig zu sichern und weiterzuentwickeln und weitere Potenzialbereiche an die internationale Spitze heranzuführen. Dabei wollen sie sich an den Struktur- und Entwicklungsplänen der Hochschulen orientieren.

Diese Forschungsstrategie ist grundsätzlich richtig. Sie geht davon aus, dass die fachliche Kompetenz zum Erkennen wissenschaftlicher Stärken und zur Setzung von Prioritäten oder Posteriorität in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen liegt. Richtig ist auch das Ziel der „Perspektiven“, und der „Denkschrift“, die Kooperation innerhalb der Hochschulen und zwischen den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen weiter zu intensivieren. Sie bestätigen damit, den von den Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Hamburg seit vielen Jahren beschrittenen Weg. Dieser zweckmäßige Ansatz sollte nach Auffassung der Patriotischen Gesellschaft konsequent weiterentwickelt werden. Zwischen den von der Freien und Hansestadt Hamburg finanzierten wissenschaftlichen Institutionen sollte nicht die Konkurrenz um Ressourcen, sondern die bestmögliche Koordinierung der jeweiligen Aktivitäten im Vordergrund stehen. Das muss gerade auch von der Wissenschaftspolitik beachtet werden, die zwischen den Institutionen keine Rivalität fördern, sondern konstruktive Kooperation unterstützen und auch finanziell honorieren sollte.

Die Kooperation zwischen den selbständigen Institutionen sollte nicht bei regelmäßigen Kooperations- und Koordinationsgesprächen stehen bleiben. Die jeweils Beteiligten sollten sie durch verbindliche Vereinbarungen bis hin zur Institutionalisierung gemeinsamer Gremien und zur Entwicklung neuer, verbindender institutioneller Formen weiterentwickeln.

Die zeitweise praktizierten regelmäßigen Gespräche im Rahmen eines Hamburger Forschungsverbundes sollten wieder aufgenommen und dauerhaft institutionalisiert werden. Die Patriotische Gesellschaft regt an zu prüfen, ob an diesen Gesprächen nicht auch die Wissenschaftsbehörde, die Finanzbehörde und die Senatskanzlei beteiligt werden sollten.

## **16 Das Beispiel des ZMAW und der Zusammenarbeit zwischen Universität und DESY verallgemeinern**

Überzeugende Beispiele erfolgreicher Koordinierung zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung sind die Zusammenarbeit zwischen der Universität Hamburg, dem Max-Planck-Institut für Meteorologie und dem Forschungszentrum Geesthacht im Rahmen des Zentrums für Marine und Atmosphärische Wissenschaften ( ZMAW ) sowie die Kooperation zwischen der Universität Hamburg und DESY.

In beiden Konstellationen wurde die Kooperation über mehr als drei Jahrzehnte kontinuierlich praktiziert. Das führte schließlich zum Erfolg im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder. Ohne staatliche Initiativen oder Vorgaben stimmten die Beteiligten regelmäßig und zielstrebig die Besetzung von Professuren und wissenschaftlichem Leitungspersonal, die fachliche Entwicklung und Ausstattung wechselseitig bedeutsamer Bereiche und die gemeinsamen wissenschaftlichen Ziele ab. Aus dieser engen Zusammenarbeit gingen jeweils wissenschaftliche Großgeräte und Anlagen ebenso wie Sonderforschungsbereiche, Forschergruppen und Graduiertenkollegs hervor. Wichtig war, dass diese Koordinierungsgespräche sowohl die Fachebene als auch die Universitätsleitung einbezogen. Inzwischen beteiligen die Universität und DESY auch die Max-Planck-Gesellschaft, das Europäische Labor für Molekularbiologie ( EMBL ), die Helmholtz-Gemeinschaft und die Leibniz-Gemeinschaft - mit dem Ergebnis, dass auf dem gemeinsamen Forschungscampus Bahrenfeld von DESY- und Universität Hamburg nicht nur der Europäische Freie-Elektronen Laser (X-FEL) mit einem Kostenvolumen von mehr als einer Milliarde Euro gebaut wird, sondern mit einem Finanzaufwand von weiteren fast 250 Mio.

...

Euro ein neues Max-Planck-Institut für Strukturelle Dynamik und weitere Forschungszentren für Hybride Nanostrukturen, für Freie-Elektronen-Laser-Forschung, für Strukturelle Systembiologie, für Optische Quantentechnologien, für Ultrakurzzeitforschung und für Chemical Dynamics errichtet werden.

Die Kombination dieser Zentren mit der lichtstärksten Synchrotronstrahlanlage der Welt (PETRA III ), dem Freie-Elektronen Laser (FLASH ) und dem in Bau befindlichen Linearbeschleuniger ( X-FEL ) wird Hamburg zu einem der weltweit leistungsstärksten Zentren physikalischer Grundlagenforschung und interdisziplinärer naturwissenschaftlicher Strukturforschung machen und einen entscheidenden Schritt auf dem Weg Hamburgs zur Wissenschaftsmetropole darstellen. Herausragende Neuberufungen und viel beachtete Forschungsergebnisse haben diesem Schwerpunkt schon jetzt höchste internationale Reputation verschafft.

## 17 Den Verbund von Universität Hamburg und DESY weiterentwickeln

Die „Partnership for Innovation, Education and Research“ zwischen der Universität Hamburg und DESY (PIER) sollte zu einer noch engeren Verbindung beider Institutionen weiterentwickelt werden, wie sie etwa zwischen SLAC und der Stanford-University besteht und wesentlich zur internationalen Reputation und Ausstrahlung dieser Universität beiträgt. Die gemeinsam zu entwickelnde verbindende Struktur muss die strategische und operative Selbständigkeit von DESY uneingeschränkt wahren und darf die Zugehörigkeit zur Helmholtz-Gemeinschaft nicht gefährden. So wie aber die rechtliche und betriebliche Eigenständigkeit des UKE dessen korporative Zugehörigkeit zur Universität Hamburg nicht ausschließt, könnte eine akademische Verbindung zwischen DESY und der Universität Hamburg unter Wahrung der rechtlichen und betrieblichen Selbständigkeit von DESY dem seit Jahrzehnten faktisch bestehenden wissenschaftlichen Verbund eine adäquate institutionelle Gestalt geben. Auf diese Weise könnte die herausragende wissenschaftliche Reputation von DESY in ähnlicher Weise zur internationalen wissenschaftlichen Ausstrahlung der Universität Hamburg beitragen wie SLAC zur Reputation der Stanford University wesentlich beiträgt. Dies würde die seit der Gründung von DESY untrennbare wissenschaftliche Symbiose der bedeutendsten wissenschaftlichen Institutionen Hamburgs angemessener ausdrücken als die gegenwärtige strikte institutionelle Trennung. Bei der durch die Universität initiierten und konzipierten Gründung von DESY erforderten die Grundsätze der föderalen Finanzverfassung diese rigorose Trennung. Nach der Änderung des Art. 91 b des GG ist eine absolute Trennung nicht mehr erforderlich.

Im Rahmen der bevorstehenden neuen Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder könnte ein solcher innovativ gestalteter Verbund außerordentlich attraktiv sein. Er würde eine optimale wissenschaftliche Koordination der Forschung der bedeutendsten Forschungsstätten Hamburgs sicherstellen und darüber hinaus ermöglichen, die herausragenden akademischen Kapazitäten von DESY in die wissenschaftliche Nachwuchsförderung und das forschungsorientierte Studium der Universität Hamburg einzubeziehen. Das hätte positive Kapazitätseffekte, die sich in den MINT-Fächern sehr positiv auswirken würden und in theoretischen wie experimentellen Zusammenhängen erhebliche qualitative Zugewinne zur Folge hätten. Fortgeschrittene Studierende, Promovierende und PostDocs könnten einzeln oder in kleinen Gruppen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die bei DESY tätig sind, betreut und in deren Experimente oder Projekte einbezogen werden.

...

Wie ein solcher Verbund rechtlich und organisatorisch gestaltet werden kann ohne die rechtliche, organisatorische und wirtschaftliche Selbständigkeit von DESY einzuschränken, sollte im Rahmen der Vorbereitungen auf die nächste Exzellenzinitiative in enger Zusammenarbeit zwischen der Universität, DESY, der Wissenschaftsbehörde und der Helmholtz-Gemeinschaft erarbeitet werden. In der konkreten Ausgestaltung bleibt beträchtlicher Spielraum für die Berücksichtigung spezifischer Besonderheiten.

Durch eine innovative Gestaltung der Verbindung zwischen DESY und der Universität Hamburg würde auch der internationale Stellenwert des Wissenschaftsstandortes Hamburg sehr viel besser sichtbar.

## **18 Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses institutionell bündeln**

Die weltweit einzigartige Konstellation von Großforschungsanlagen und Forschungszentren auf dem Forschungscampus Bahrenfeld sollte ihre wissenschaftliche Nachwuchsförderung in einem gemeinsamen „Center of Research Schools for Structural and Photon Sciences at the University of Hamburg“ bündeln und dadurch die wissenschaftliche Ausstrahlung der Universität und des Wissenschaftsstandortes Hamburg nachhaltig stärken. Die Patriotische Gesellschaft empfiehlt der Universität Hamburg als Trägerin des Promotions- und Habilitationsrechtes, mit allen beteiligten Einrichtungen eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen. Die Freie und Hansestadt Hamburg sowie Hamburger Stiftungen und Unternehmen sollten dieser Einrichtung Stipendien und Qualifikationsstellen zur Verfügung stellen. Sie hätte die Chance, in erheblichem Umfang auch Mittel des Bundes, der DFG und der Europäischen Union einzuwerben sowie herausragende Nachwuchswissenschaftlerinnen und –wissenschaftler anzuziehen

In ähnlicher Weise kann der Exzellenzcluster zur Klimaforschung am Universitätsstandort Bundesstraße weiterentwickelt werden. Nachdem der Senat die für die Universität Hamburg äußerst schädliche Diskussion über eine Verlagerung in das Hafengebiet auf dem Kleinen Grasbrook beendet und den Ausbau der Universität am gegenwärtigen Standort beschlossen hat, investiert er in den nächsten Jahren mehr als 300 Mio. Euro in naturwissenschaftliche Neubauten an der Bundesstraße. Mit den Neubauten für die Klimaforschung der Universität und das Max-Planck-Institut für Meteorologie entsteht in Verbindung mit dem Deutschen Klimarechenzentrum und den benachbarten Geowissenschaftlichen und Biologischen Instituten der Universität Hamburg, an diesem Standort ein weltweit einzigartiges „Zentrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit“ (ZEN). Für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sollte dem KlimaCampus eine „International Research School for Earth-System-Studies at the University of Hamburg“ angegliedert werden. Auch dieser Cluster der Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchsförderung wird weltweite wissenschaftliche Ausstrahlung entwickeln und den Wissenschaftsstandort Hamburg auf dem Weg zur Wissenschaftsmetropole entscheidend voranbringen.

## **19 Das Kulturwissenschaftliche Zentrum weiterentwickeln**

Das traditionelle Hauptgebäude der Universität Hamburg an der Edmund-Siemers-Allee wurde durch die von den Eheleuten Greve gestifteten Flügelbauten bereits zu einem

Kulturwissenschaftlichen Zentrum ausgebaut, das in seiner Konzentration und Vielfalt einander ergänzender kulturwissenschaftlicher Fächer zumindest in Deutschland ohne Beispiel ist. Das Asien-Afrika-Institut bündelt Forschung und Lehre zu den Sprachen, Kulturen und Gesellschaften dieser Kontinente. Ergänzt durch die europäische und außereuropäische Ethnologie, die Archäologie, die Kunstgeschichte, die Musikwissenschaft und ein Spektrum von über 100 Sprachen verfügt die Universität Hamburg damit über einen geistes- und kulturwissenschaftlichen Fächerverbund, der in Kooperation mit dem Völkerkundemuseum, der Kunsthalle, dem Museum für Kunst und Gewerbe, den Theatern und der Oper sein hervorragendes internationales wissenschaftliches Profil erheblich weiterentwickeln kann. In der kulturwissenschaftlichen Forschung werden die Potenziale einer Zusammenarbeit zwischen der Universität, der Hochschule für Musik und Theater und der Hochschule für Bildende Künste noch nicht voll ausgeschöpft. Diese in der „Denkschrift“ dargestellte Zusammenarbeit sollte in Zukunft weiter verstärkt werden..

Die Universität hat seit langem Planungen zur inneren Erweiterung des Flächenbestandes in dem Gebäudeensemble an der Edmund-Siemers-Allee erarbeitet, die durch Überdachung der Innenhöfe und den Ausbau von Bibliotheksflächen und Veranstaltungsräumen unter dem Vorplatz des Hauptgebäudes einen erheblichen Flächenzuwachs ermöglichen. Die Patriotische Gesellschaft unterstützt diese Planungen und würde eine entsprechende Erweiterung und Stärkung des Kulturwissenschaftlichen Zentrums im historischen Zentrum der Universität begrüßen. Dieses Vorhaben bietet Stiftungen oder mäzenatisch engagierten Persönlichkeiten eine besonders attraktive Möglichkeit, die Kulturwissenschaften in Hamburg zu fördern. „Die Patriotische Gesellschaft ist bereit, zur Verwirklichung solcher Planungen einen Wettbewerb zu unterstützen..

## **20 Das Potenzial der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nutzen**

Hamburg verfügt mit der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität, dem Max-Planck-Institut für internationales und ausländisches Privatrecht, der Bucerius Law School, dem Institute for European Integration des Europa-Kollegs, dem Institut für internationales Finanz- und Steuerwesen, sowie dem Internationalen Seegerichtshof über eine Konzentration rechtswissenschaftlicher Kompetenz im Bereich des internationalen und transnationalen Rechts, wie sie nur wenige Standorte aufweisen. Die Federführung der Rechtswissenschaftlichen Fakultät in einem Konsortium europäischer Universitäten, das in Peking die „China Europe School of Law“ aufbaut, belegt den internationalen Stellenwert Hamburgs in diesem Bereich. Wenn dieses rechtswissenschaftliche Potenzial noch stärker durch Kooperation gebündelt und vertraglich oder institutionell vernetzt wird, kann Hamburg international herausragende Bedeutung in der rechtswissenschaftlichen Forschung und in der Unterstützung rechtsstaatlicher Entwicklungen in anderen Ländern gewinnen. Dieses Profil kann durch die wissenschaftliche Stärke Hamburgs in der Ökonomischen Analyse des Rechts sowie durch die sozial-, rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung im Bereich Governance, Markt und Regulierung zusätzlich gestärkt werden.

Die Patriotische Gesellschaft empfiehlt, diesen international bedeutsamen Schwerpunkt in einem interdisziplinären und institutionenübergreifenden „Zentrum für internationale und transnationale Rechts- und Wirtschaftsentwicklung“ zusammenzuführen, an dem auch die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultäten der Universität, das GIGA, das HWWI

und die Helmut Schmidt Universität der Bundeswehr beteiligt werden sollten. Hamburger Stiftungen können hier ein besonders attraktives Förderprogramm finanzieren.

## **21 Das ehemalige Postamt 13 als Universitätsgebäude sichern**

In unmittelbarer Nachbarschaft des Universitätsstandortes von-Melle-Park ist seit langem das Gebäude des ehemaligen Postamts 13 anzumieten oder zu erwerben. Der Bebauungsplan des Bezirks Eimsbüttel sieht für das Grundstück die Nutzung für universitätsbezogene Zwecke vor. Dieser Gebäudekomplex sollte nach Überzeugung der Patriotischen Gesellschaft sowohl aus städtebaulichen Gründen als auch im Interesse der Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Hamburg möglichst bald insgesamt für universitäre Nutzung verfügbar gemacht werden.

Kurzfristig können weitere Flächen des Gebäudes für die Unterbringung geisteswissenschaftlicher Fächer während einer dringend erforderlichen Sanierung des Philosophenturms und für die vorübergehende Unterbringung der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften während einer ebenso dringenden Sanierung des Gebäudes der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften genutzt werden. Mittel- und langfristig kommen verschiedene Nutzungen durch die Geistes-, Wirtschafts-, Rechts- oder Sozialwissenschaften, die Psychologie oder die Bildungswissenschaften in Betracht.

Die überdachungsfähigen Innenhöfe des Postgebäudes könnten hervorragend für wissenschaftliche Sammlungen und Ausstellungen genutzt werden.

## **22 Ein geistes-, rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Gründungs-, Innovations- und Transferzentrum einrichten**

Durch Nutzung des ehemaligen Postgebäudes für Unternehmensgründungen und Aktivitäten des Wissenschaftstransfers vor allem aus den am Standort von-Melle-Park untergebrachten Fächern kann ein universitäres Gründungs-, Innovations- und Transferzentrum entstehen, das dazu beitragen kann, das Anwendungs- und Innovationspotenzial dieser Fächer für die Entwicklung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Hamburg auszuschöpfen. So bietet der aus dem Sonderforschungsbereich Mehrsprachigkeit hervorgegangene Transferbereich vielfältige praktische Anwendungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit den Sprach-, Erziehungs- und Kommunikationswissenschaften. Vielfältiges Innovations- und Anwendungspotenzial besitzen auch die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Ein Gründungs-, Innovations- und Transferzentrum im ehemaligen Postgebäude könnte Absolventinnen und Absolventen dieser Fächer erleichtern, sich mit innovativen und wissenschaftsgestützten Dienstleistungen selbständig zu machen.



### **23 Den von-Melle-Park entwickeln und dessen Gebäude sanieren**

Die Patriotische Gesellschaft schlägt vor, auf der Grundlage des von der Universität Hamburg ermittelten Flächenbedarfs möglichst bald einen Wettbewerb zur Entwicklung und Nutzung des Universitätsstandortes von-Melle-Park auszuschreiben und über die weitere Entwicklung dieses Universitätsstandortes zu entscheiden.

Seit Jahren ist insbesondere die Sanierung des Philosophenturms und des Gebäudes der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften überfällig. Sie lässt sich im Vermieter/Mieter-Modell ohne Verstoß gegen das verfassungsrechtliche Gebot der Haushaltskonsolidierung zügig verwirklichen. Die Vorfinanzierungskosten einer sofortigen Sanierung der Gebäude werden angesichts der gegenwärtig sehr niedrigen Zinsen bereits durch die frühere Einsparung von Energiekosten und durch die Vermeidung von Baukosten zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit weitgehend gedeckt. Zu günstigeren Bedingungen als gegenwärtig wird die Sanierung der Gebäude nie mehr möglich sein.

Die Patriotische Gesellschaft empfiehlt darum, vor allem den Philosophenturm sowie das Gebäude der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften schnellstmöglich zu sanieren.

### **24 Alle außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit Hochschulen verbinden**

Für alle außeruniversitären Forschungseinrichtungen sollten die Hochschulen mit Unterstützung der Wissenschaftsbehörde und in enger Zusammenarbeit mit der Leibniz-Gemeinschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft klären, welche Forschungsbereiche der Hochschulen durch Intensivierung der Kooperation mit den außeruniversitären Einrichtungen gestärkt werden können. Diese Prüfung sollte auch die Frage einschließen, ob eine institutionelle Verbindung mit einer der Hochschulen möglich und vorteilhaft ist. In diesem Zusammenhang sind gerade auch die Möglichkeiten und Voraussetzungen einer Mitfinanzierung des Bundes und einer Beteiligung Hamburger Stiftungen zu klären.

Die Patriotische Gesellschaft empfiehlt, in anderen Bundesländern oder in den Wissenschaftssystemen anderer Staaten praktizierte Formen und Möglichkeiten gemeinsamer Finanzierung von Forschungseinrichtungen sowie die Gestaltung ihrer Verbindung mit Hochschulen systematisch auszuwerten. Sie geht davon aus, dass im nächsten Jahrzehnt das Verhältnis zwischen Bund, Ländern, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in vielfältiger Weise verändert und weiterentwickelt wird. So hat die Leitung der Leibniz-Gemeinschaft die Angliederung einzelner Leibniz-Institute an Hochschulen, mit denen sie besonders eng kooperieren, als möglich und wünschenswert bezeichnet. Diese Anregung ist gerade für die Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Hamburg mit vielen leistungsstarken Leibniz-Instituten interessant und sollte von der Universität und der Wissenschaftsbehörde offensiv aufgegriffen werden.

### **25 Den lebenswissenschaftlichen und medizinischen Cluster ausbauen**

Besonderes Potenzial für die Verbindung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen und universitären Einrichtungen besteht in der Medizin und den Lebenswissenschaften. Das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, die MIN-Fakultät, das Bernhard-Nocht-Institut, das Heinrich-Pette-Institut, das Leibniz-Forschungszentrum in Borstel und die struktur- und molekularbiologisch forschenden Zentren in Bahrenfeld bilden einen lebenswissenschaftlichen

...

und medizinischen Forschungscluster, der bereits große internationale Ausstrahlung entfaltet und durch konsequente Vernetzung sowie durch Nutzung der vielfältigen wissenschaftlichen Infrastruktur Hamburgs über hervorragende Entwicklungsperspektiven verfügt. Auch die Kooperation mit Unternehmen bietet in diesem Bereich besonders gute Entwicklungsmöglichkeiten.

Die Patriotische Gesellschaft empfiehlt der Universität, dem UKE und der Wissenschaftsbehörde, mit allen Beteiligten diese Kooperationsmöglichkeiten auszuloten und nach Möglichkeit durch Vereinbarungen institutionell abzusichern und auszugestalten.

Auch dieser fächer- und institutionenübergreifende Schwerpunkt sollte die wissenschaftliche Nachwuchsförderung in einer gemeinsamen „International Research School for Medical and Life Science at the University of Hamburg“ bündeln.

Die Neurowissenschaften des UKE und der Universität entwickeln auch ohne außeruniversitäre Partner internationale wissenschaftliche Ausstrahlung und werden bisher institutionell allein von Hamburg finanziert. Die Freie und Hansestadt Hamburg sollte für diesen überregional und international bedeutenden Schwerpunkt die Möglichkeiten einer Bundesfinanzierung oder einer Beteiligung der Max-Planck-Gesellschaft oder der Leibniz-Gemeinschaft ausloten. Dabei sollte eine institutionelle Lösung gefunden werden, die nicht die Verbindung mit dem UKE und der Universität aufhebt.

## **26 Alle Möglichkeiten einer Mitfinanzierung des Bundes prüfen**

Für die Freie und Hansestadt Hamburg stellt sich generell die Frage, wie die Verbindung der allein von Hamburg finanzierten außeruniversitären Forschungsinstitute mit den Hochschulen institutionell gestärkt und wie eine Beteiligung des Bundes an der Finanzierung erreicht werden kann.

Das ist in allen Fällen vordringlich, in denen die Institute überregional bedeutsame Forschungsaufgaben wahrnehmen. Das betrifft insbesondere das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, das Institut für Zeitgeschichte, das Institut für die Geschichte der deutschen Juden sowie das Hans Bredow-Institut für Medienforschung..

Die Möglichkeiten einer Bundesfinanzierung sind schließlich auch für die überregional bedeutsamen wissenschaftlichen Sammlungen Hamburgs und für ihre Zusammenführung in einem Naturhistorischen Museum oder einem „Zentrum für Naturforschung und naturwissenschaftliche Bildung“ zu klären. Die Freie und Hansestadt Hamburg sollte mit der Leibniz-Gemeinschaft und dem Bund über die bestmögliche institutionelle Lösung in Verbindung mit der Universität Hamburg verhandeln. In diesem Zusammenhang kann auch eine Beteiligung Hamburger Stiftungen oder Persönlichkeiten bedeutsam sein. Die Patriotische Gesellschaft sieht hier ein attraktives Feld privater Wissenschaftsförderung.

## **27 TUHH und FZ Geesthacht verbinden, Fraunhofer-Institute gründen**

Für die Technische Universität Hamburg-Harburg empfiehlt die Patriotische Gesellschaft eine eingehende Klärung intensivierter Kooperationsmöglichkeiten mit dem Forschungszentrum Geesthacht bis hin zu vertraglichen Vereinbarungen und institutionellen Verflechtungen. In diesem Zusammenhang sollte eine länderübergreifende Vereinbarung mit Schleswig-Holstein angestrebt werden.

Ebenso sind in Abstimmung mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften, der Universität Hamburg und der Helmut Schmidt Universität der Bundeswehr die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Fraunhofer Gesellschaft sowie der Gründung von Fraunhofer-Instituten auszuloten und in Zusammenarbeit mit dem UKE auch für die Medizintechnik zu klären. Der Beitritt Hamburgs zur Gemeinschaftsfinanzierung der Fraunhofer-Gesellschaft hat die Voraussetzungen für solche Entwicklungen erheblich verbessert. Die in mehreren Fällen bereits eingeleitete Kooperation der TUHH und der HAW mit bestehenden Fraunhofer-Instituten sollte offensiv genutzt und mit dem Ziel ausgebaut werden, in Hamburg möglichst bald ein Fraunhofer-Institut anzusiedeln.

Die komplementären Forschungsprofile der Logistik an der TUHH, in der Betriebswirtschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg und der Helmut Schmidt Universität legen ein Fraunhofer-Institut für Logistik nahe, an dem auch die Kühne-School of Logistics beteiligt werden kann, wenn sich deren Träger an der Finanzierung beteiligt.

## **28 Den Wissenschaftstransfer in die Wirtschaft ausbauen**

Die vielfältigen Verbindungen zwischen der Hochschule für Angewandte Wissenschaften und Wirtschaftsunternehmen aus der Metropolregion ermöglichen eine systematische Entwicklung des Wissenstransfers in die regionale Wirtschaft. Mit diesem Ziel hält die Patriotische Gesellschaft auch die Etablierung eines anwendungsorientierten Graduiertenkollegs an der HAW mit anwendungsnahen wissenschaftlichen Promotionsthemen in Zusammenarbeit mit der Universität Hamburg, der Technischen Universität Hamburg-Harburg und der Helmut Schmidt Universität für sehr interessant. Die Patriotische Gesellschaft empfiehlt regionalen Wirtschaftsunternehmen, sich an der Finanzierung dieses Graduiertenkollegs und betrieblich relevanter anwendungsorientierter Promotionen zu beteiligen.

Mittel- und langfristig sieht die Patriotische Gesellschaft in den auf dem Forschungs Campus Bahrenfeld entstehenden Schwerpunkten zur naturwissenschaftlichen Strukturforschung, zur nanowissenschaftlichen Forschung und im Bereich der Laserforschung besonders großes Anwendungspotenzial auch für technische Innovationen. Sie empfiehlt, diese Chancen den national und international technologisch führenden Unternehmen frühzeitig zu vermitteln und deren Ansiedlung an diesem Standort gezielt zu fördern. Städtebaulich sollten hier ausreichende Flächen für die Ansiedlung von Unternehmen vorgehalten werden.

Die Patriotische Gesellschaft unterstützt die Zielsetzung der „Denkschrift“ und der „Perspektiven“, an allen Teilstandorten der Hamburger Hochschulen Gründungs-, Innovations- und Transferzentren aufzubauen. Die Wirtschaftsförderung der Stadt sollte wesentlich stärker als bisher dieses Anwendungs- und Innovationspotenzial aller Hochschulen nutzen und die Entwicklung von Unternehmen an diesen Standorten fördern. Die Wirtschaft muss dafür Risikokapital bereitstellen und die Verwertung von Patenten und sonstigen Innovationen in Zusammenarbeit mit den Hochschulen offensiv als ihre wirtschaftliche Chance nutzen.

...

## 29 Die Vielfalt vorhandener Exzellenz und Potenziale fördern

Die Patriotische Gesellschaft stimmt mit der „Denkschrift“ und den „Perspektiven“ darin überein, dass der Wissenschaftsstandort Hamburg schon jetzt über ein vielfältiges und wissenschaftlich leistungsfähiges Hochschulsystem und über zahlreiche international renommierte Forschungseinrichtungen verfügt. Im Vergleich zu den Wissenschaftsstandorten Berlin und München ist aber die Zahl vor allem großer Universitäten und die Vielfalt außeruniversitärer Forschungseinrichtungen deutlich geringer. Insbesondere weist der Wissenschaftsstandort Hamburg nur begrenzte Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der Wirtschaft auf.

Die Entwicklung Hamburgs zur Wissenschaftsmetropole kann diese Unterschiede nicht kurzfristig ebnen. Sie kann aber den Nachteil der geringeren Größe und Vielfalt durch die Vorteile kurzer Wege, engerer institutioneller Verknüpfung, effizienterer Kooperation, politischer Unterstützung und privater Wissenschaftsförderung ausgleichen. Hamburg muss darüber hinaus die Qualität und Ausstattung aller vorhandenen Exzellenz- und Potenzialbereiche sichern und konsequent weiterentwickeln und vorrangig die Vielfalt leistungsstarker Fächer und Einrichtungen in ihrer Entwicklung zu international wahrgenommener Exzellenz fördern.

Der Mangel an Forschung und Entwicklung von Wirtschaftsunternehmen in Hamburg muss schrittweise und langfristig abgebaut werden. Dazu ist stärker als in der Vergangenheit eine Konzentration der Wirtschaftsförderung auf wissenschaftsbasierte Bereiche erforderlich wie sie etwa Bremen um die Universität herum seit vielen Jahren mit großem Erfolg praktiziert hat. An allen relevanten Teilstandorten der Hochschulen sind darum Innovations-, Gründungs- und Transferzentren aufzubauen. Sowohl die Wissenschaftspolitik als auch die Wirtschaftsförderung der Stadt müssen einschlägig tätigen Unternehmen aufzeigen, welche Anwendungs- und Innovationspotenziale sie an welchen Hochschulen und Standorten von Forschungseinrichtungen finden.

Diese Transfer- und Innovationspolitik sieht die Patriotische Gesellschaft nicht primär als Aufgabe der Hochschulen an, sondern als politische und wirtschaftliche Aufgabe der Standortentwicklung. Das gleiche gilt für die Strukturen und Kosten der Patentverwertung. Sie sind vorrangig Aufgabe der Wirtschaft und der Politik, die ihnen mehr Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

## 30 Die Entwicklung zur Wissenschaftsmetropole als gemeinsame Aufgabe begreifen

Ein besonderes Problem für die Entwicklung Hamburgs zur Wissenschaftsmetropole sieht die Patriotische Gesellschaft in der Selbstwahrnehmung und Außendarstellung der Stadt. Herausragende wissenschaftliche Leistungen werden vielfach nicht wahrgenommen, die Qualität der vorhandenen Institutionen und ihrer Arbeit wird zu selten gewürdigt. Diesen Mangel an Anerkennung beklagt die gemeinsame „Denkschrift“ der Hochschulen mit vollem Recht. Ganz anders steht es um die Wahrnehmung wissenschaftlicher Leistungen außerhalb Hamburgs und auf internationaler Ebene. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien in Hamburg müssen lernen, die Qualität und Potenziale der in der Stadt geleisteten wissenschaftlichen Arbeit so wertzuschätzen wie dies außerhalb Hamburgs geschieht.

Die Patriotische Gesellschaft ist überzeugt, dass die Entwicklung Hamburgs zur Wissenschaftsmetropole in den Köpfen der Hamburger beginnen muss und eine Veränderung der wissenschaftspolitischen Diskussion in der Stadt erfordert. Statt vor allem Defizite zu beklagen sollte sie auch Leistungen wahrnehmen und anerkennen, statt vor allem Schwächen

hervorzuheben sollte sie auch Stärken aufzeigen, statt nach Differenzen sollte sie auch Gemeinsamkeiten suchen.

Eine kurzfristig denkende und handelnde tagespolitische Auseinandersetzung verführt zu oft, die polarisierende Auseinandersetzung zu suchen statt sich im Gespräch sachlich zu verständigen, Gemeinsamkeiten zu finden und dabei Differenzen zu respektieren.

Die Patriotische Gesellschaft hält eine Verständigung innerhalb Hamburgs für notwendig, die nach den Stärken der Hochschulen und Forschungseinrichtungen fragt, ihre Schwächen realistisch benennt und insoweit überlegt, wie bestehenden Schwächen wirksam begegnet werden kann. Der vorschnelle Ruf nach Schließung oder Abschaffung schwächerer Bereiche kann sehr schnell zur Verarmung des Gesamtsystems führen.

Geleitet durch diese Vorstellung von einem wegweisenden Diskurs zur Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Hamburg hält die Patriotische Gesellschaft eine ergebnisoffene und konsenssuchende, parteiübergreifende und unabhängige Debatte zur Entwicklung einer längerfristig angelegten Wissenschaftspolitik der Freien und Hansestadt Hamburg für notwendig. Sie ist bereit, dem Senat und den Fraktionen der Bürgerschaft, den Hochschulen, den wissenschaftlichen Einrichtungen und wissenschaftsfördernden Organisationen, der Wirtschaft und den Gewerkschaften ein Forum zu bieten, in dem sie die Vielfalt wissenschaftspolitischer Einschätzungen und Perspektiven austauschen, erörtern und auf Übereinstimmungen und Differenzen hin prüfen können. Ob sich daraus ein gemeinsam gangbarer Weg ergibt, muss sich zeigen.

Die Patriotische Gesellschaft bittet den Senat und die Bürgerschaft, die Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die Stiftungen, Kammern, Verbände, Medien und zivilgesellschaftlichen Organisationen, den Versuch zu unterstützen, einen langfristigen, breit getragenen Hamburger Wissenschaftskonsens zu erarbeiten und konsequent umzusetzen.

19. 05. 2015

